Stadtzeitung der
Deutschen Kommunistischen Partei
Mörfelden

Nr. 98 – Februar 1979

blick punkt

Protest am Tatort

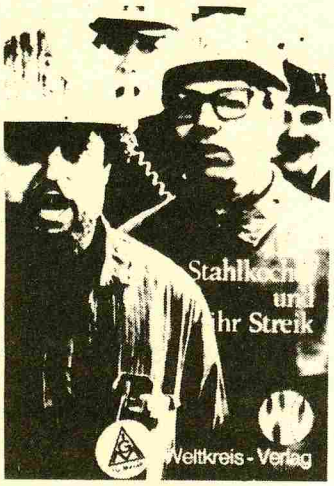
Mehr als 400 Bürger nahmen trotz schlechten Wetters an einer Begehung des Geländes für die Verschiebung der Start- und Landebahnsysteme am Flughafen Frankfurt teil.
Aufgerufen hatte dazu der Aktionskreis der Bürgerinitiativen gegen die Flughafenerweiterung, Mitträger waren die DGB-Ortskartelle von Mörfelden, Walldorf, Kelsterbach und Rüsselsheim.
Angesichts der Kahlflächen, die ahnen lassen, was erst die geplante Startbahn West an Waldverlusten bringen würde, und unter dem Eindruck der Erläuterungen zum Thema Flughafenausbau durch Vertreter des Aktionskreises wuchs bei den Teilnehmern die Überzeugung: Die Startbahn West darf nie gebaut werden!
Die Stimmung bei dieser ersten Begehung des Erweiterungsgeländes war gut und drückte sich aus in der allgemeinen Auffassung, daß diese Aktion nicht alles gewesen sein kann und darf.
Wenn das Ziel – den Bau der Startbahn West zu verhindern – erreicht werden soll, wird es darauf ankommen, in nächster Zeit mehr öffentlichkeitswirksame Aktionen durchzuführen und noch mehr zum Mitmachen zu bewegen. Ein Sonntagsspaziergang wird der weitere Kampf gegen die Pläne der FAG und der Hessischen Landesregierung sicher nicht bleiben!

Hände weg von Vietnam!

Der Weltfrieden ist in Gefahr! Die Führer Pekings haben den Befehl zum Überfall auf Vietnam gegeben. Mehr als 30 Jahre lang mußte sich Vietnam aller möglichen Überfälle erwehren. Die französische Kolonialmacht brachte Tod und Zerstörung. Dann kamen die Amerikaner mit Napalm und so viel Tonnen Sprengstoff wie im ganzen 2. Weltkrieg verpulvert wurden.
Noch hat sich die vietnamesische Erde nicht von den schrecklichen chemischen Kampfstoffen erholt, mit welchen ganze Wälder entlaubt und die Reisernten vergiftet wurden. Noch sind Tausende Häuser und Fabriken, Schulen und Krankenhäuser zerstört. Und jetzt der chinesische Überfall. Und das kurz nach dem Besuch Pekinger Führer in USA! Wollen jetzt die herrschenden Kreise Chinas den amerikanischen Rückzug aus Vietnam rächen? Ist es das, was man in Washington und in CDU/CSU-Kreisen als das „Spiel mit der chinesischen Karte" versteht?
Wer wie Strauß mit dieser chinesischen Karte spielt, der spielt in verbrecherischer Leichtfertigkeit mit Krieg und Frieden. Der setzt unser aller Leben und Sicherheit auf's Spiel! In diesen Tagen darf es keine Neutralität geben. Man muß Partei ergreifen. Man muß sich dagegen wenden, daß die elementarsten Prinzipien des internationalen Zusammenlebens von den Pekinger Führern mit Füßen getreten werden. Man darf nicht auf die Demagogie hereinfallen, die das chinesische Vorgehen mit den Beziehungen Kambodschas und Vietnams rechtfertigen will. Am Tag des chinesischen Überfalls haben die beiden souveränen Staa-

ten Kambodscha und Vietnam einen Freundschaftsvertrag abgeschlossen. Das dient dem Frieden und der Sicherheit in der Welt. Wir fordern:
Die Pekinger Führer müssen sofort den Überfall auf Vietnam beenden, indem sie ihre Truppen aus dem Nachbarland zurückziehen.
Wir fordern alle demokratischen Kräfte auf, sich an die Seite der Überfallenen zu stellen und ebenfalls für die Beendigung der Aggression einzutreten.
Unsere ganze Solidarität gehört dem vietnamesischen Volk. Es hat bisher alle seine Peiniger zurückgewiesen.
Indem wir Solidarität mit Vietnam üben, verteidigen wir Gerechtigkeit in den internationalen Beziehungen, verteidigen wir Sicherheit und Weltfrieden!

BUCH DES MONATS



Die Schlacht um 35 Stunden

160 Seiten, Taschenbuch, DM 7,80
Weltkreis-Verlag, Dortmund

Alle Bücher erhältlich bei:
Anton Träger, Hochstr. 6
Mörfelden
Telefon: 23 255

Holocaust

Mehr als 15 Millionen Menschen haben die vierteilige amerikanische Fernsehserie „Holocaust" gesehen. „Die Geschichte der Familie Weiß" fand eine Resonanz beim Publikum wie kaum ein anderer Film. „Holocaust" hat die Zuschauer betroffen gemacht und erregt, herausgefordert zur Diskussion und zum Nachdenken in der Familie, am Arbeitsplatz und in der Schule. Er hat Zustimmung und Ablehnung ausgelöst. Und Fragen, viele Fragen.
Für viele vermittelte „Holocaust" einen ersten konkreten Blick in eines der dunkelsten Kapitel unserer Geschichte.

Diese Verbrechen dürfen nicht verjähren.

Der Film forderte die Frage heraus: Wie war das möglich? Wie konnte es geschehen? Und es zeigt sich, daß diese Fragen hochaktuell sind – 40 Jahre nach der Kristallnacht und 33 Jahre nach der Zerschlagung des Faschismus.
Siebeneinhalb Stunden „Holocaust" haben noch einmal deutlich gemacht, daß die Erinnerung an die Naziverbrechen keine Verjährung kennt und keine kennen darf.
Damit sind wir mitten im Jahr 1979, in der politischen Gegenwart: Wenn durch die Konfrontation mit den Verbrechen der Faschisten die Erkenntnis zunimmt, daß Naziverbrechen unverjährbar sind, dann hat das große Bedeutung angesichts der massiven Versuche der CDU/CSU, die Aufhebung der Verjährungsfrist zu hintertreiben.
Wie notwendig demokratisches Engagement ist, zeigt politisches Geschehen dieser Tage erneut:
Da sahen wir im Fernsehen, wie der Leidensweg der Familie Weiß mit Berufsverbot und Gesinnungsschnüffelei gegen den jüdischen Arzt begann. Kurz danach blies die CDU im Bundestag zur Verschärfung der Gesinnungsschnüffelei und der Berufsverbote gegen DKP-Mitglieder und andere Demokraten.

Der Terror begann schon früher

Der Terror gegen Andersdenkende begann nicht in der Kristallnacht.
Er begann mit dem Verbot der Arbeiterparteien, mit der Jagd auf die Kommunisten nach dem Reichstagsbrand, mit dem Sturm auf die Gewerkschaftshäuser, mit dem Mord an Tausenden Mitgliedern der KPD, der SPD und anderen aktiven Gegnern des Großkapitals.
Und Widerstand gegen den Faschismus leisteten nicht nur tapfere jüdische Menschen im Warschauer Getto und in Partisanengruppen. Es gab auch in unserem Volk tapfere Männer und Frauen, die der Terrorherrschaft der Nazis selbst in den schlimmsten Stunden die Stirn boten, und die

Neonazis auch in Mörfelden? Seit Wochen steht diese Schmiererei in der Bahnhofsunterführung.

für das Zusammenwirken aller Gegner des Faschismus, ungeachtet weltanschaulicher und religiöser Unterschiede wirkten.
„Holocaust" hat viele Fragen nicht beantwortet. Und so muß man sicher anmerken, daß der Faschismus in Wirklichkeit nicht „plötzlich da" war. Er fiel nicht vom Himmel. Er wurde an die Macht finanziert, manipuliert und gebracht von den mächtigen Herren der Konzerne und Banken, vom Großkapital. Die gleichen Kräfte, die heute Arbeiter aussperren, setzten damals auf Hitler.

Nie wieder Faschismus – Nie wieder Krieg!

Viele Bürger unserer Stadt, denen das Schicksal der „Holocaust"-Familie Weiß nahegegangen ist, dachten auch an unsere ehemaligen jüdischen Mitbürger aus Mörfelden und Walldorf, die in die Gaskammern getrieben wurden. Und für viele Bürger unserer Stadt bekam das Schicksal der 1700 ungarischen Jüdinnen, die im Walldorfer KZ-Außenlager drangsaliert wurden, eine neue Bedeutung.
Wir meinen, daß man an der Stätte dieses ehemaligen Lagers eine Bronzetafel anbringen sollte. Stete Erinnerung an die Zeit des Faschismus – Lehre für alle Nachgeborenen.

„Wir fordern Entschädigung für alle Betroffenen" – „Die Merck-Aktionäre sollen zahlen!" – forderten Mitglieder der DKP bei einer Demonstration in Gernsheim unmittelbar nach Bekanntwerden des Giftmilch-Skandals.

Der Gift-Milch Skandal

Wer die Umwektskandale in Hessen registriert, wer verfolgt, was daraus wird, der ist erschüttert über das Zusammenspiel von Behörden und Konzernen. Seit Jahren kann man Verharmlosungen und Vertuschungen erleben. Da gibt es eine Landtagsdebatte über den Giftmilch-Skandal, da wird gestritten und polemisiert, aber niemand im Landtag, keine Partei nennt auch nur einmal den Verursacher Merck beim Namen.
Im Landratsamt diskutiert man mehrere Stunden über den Merck-Skandal. und hat am Schluß Angst, der Kreis Groß-Gerau könnte durch eine „Sensationsdarstellung" ein „Negativ-Image" erhalten. Als hätten wir dieses Image nicht schon längst. Schuld daran ist aber nicht die Bevölkerung, die protestiert, Schuld sind auch nicht die Recherchen wachsamer Journalisten, Schuld ist der Großkonzern Merck. Ihn muß man beim Namen nennen. Da wissen die Behörden seit Jahren, daß im Ried die Milch vergiftet ist, aber es wird verschwiegen. Erst in der Zeitung konnten die Bauern lesen, daß sie sich und ihre Kinder allmählich vergiften. Die Warnung vor dem Gift erhielt das zuständige Ministerium schon vor Jahren – man hat die Hinweise unter den Tisch gekehrt. Warum? Sie kamen vor allem von der DKP!
Im September 1974, schrieb Rudi Hechler, damals Landtagskandidat der DKP, zwei Briefe an Dr. Hans Krollmann, damals noch Hessens Umweltminister, und teilte ihm nach langen Gesprächen mit Merck-Arbeitern, die genaue Lage des vergrabenen Giftes mit. Der Minister reagierte nicht.
Am 17. Januar d.J. gab es erste Pressemeldungen, wonach „Pestizid-Rückstände" in der Milch aufgetaucht seien. Der Name des Merck-Giftes „Hexachlorcyclohexan" war darin noch nicht genannt. Noch am gleichen Tag verschickten wir eine DKP-Presseerklärung, in der auf das vergrabene Gift hingewiesen wurde. Abgedruckt wurde natürlich nichts.
Es sind antikommunistische Vorbehalte und Redaktionsrichtlinien der „überparteilichen" Presse, die DKP-Hinweise immer wieder in den Papierkorb befördern.

Einen Monat nach der Aufdeckung des Skandals streiten sich die amtlichen Stellen über die Größe der Gefahr und Bedrohung. Hört man die Verantwortlichen von Merck, so könnte man meinen, die Spuren des Giftes in der Milch seien nicht nur ungefährlich, sondern fast ein Segen, der täglich genossen werden könne. Das ist ein Hohn. Die Bevölkerung, die Arbeiter und Angestellten von Merck und ihre Kinder, sollen nicht nur den Schaden, sondern auch noch den Spott der Konzernherren ertragen. Die DKP fordert die sofortige Beseitigung der Giftbestände. Der Verursacher, in diesem Fall das Chemiewerk Merck, muß voll den entstandenen Schaden ersetzen. Das Verursacherprinzip wird zu einem Fetzen Papier, wenn nicht in diesem Fall aus den Gewinnmitteln des Betriebes die Giftdeponien ausgeräumt werden.

PROGRAMM DER JUNGEN PIONIERE MÖRFELDEN

SPORT SPIEL SPAß

3.3.79	Wir malen Glückwunschkarten zum Internationalen Frauentag (Treffpunkt: 15.00 Uhr Jugendzentrum)
10.3.79	Wir spielen Fußball gegen die SDAJ (Treffpunkt: 15.00 Uhr Bolzplatz am Ärztehaus)
17.3.79	Großer Malwettbewerb (Treffpunkt: 15.00 Uhr Bolzplatz)
24.3.79	Schnitzeljagd durch ganz Mörfelden (Treffpunkt: 15.00 Uhr Bolzplatz)

ARGUMENTE DIE KEINE SIND

Die DKP-Fraktion war mit ihrem kommunalpolitischen Arbeitskreis auf dem Flughafen Rhein-Main, um sich Hintergrundinformation zu holen. Kompetente Herren hatte die FAG aufgeboten, doch es mangelte an einleuchtenden Argumenten. Um die Diskussion um den Ausbau und die Erweiterung des Flughafens zu beleben, stellen wir einige Argumente der FAG vor:

„Die Großraumflugzeuge ziehen sogenannte Luftwirbelschleppen hinter sich her. Dadurch wird die Luftqualität verbessert. Beispiel: Nach windreichen Tagen ist die Luft besser."

FAG-„Argument"

Es ist unbestritten, daß Luft durch Bewegung verbessert wird. Aber wird durch die vielen Starts und Landungen auf Rhein-Main nicht gerade ein hoher Abgasanteil in der Luft geschaffen? Man kann doch nicht sagen, um so mehr Luftverkehr, um so bessere Luft.

„Kerosin ist der beste Treibstoff, er besteht aus fast unraffiniertem Rohöl und verbrennt zu über 90 Prozent. Dieser Treibstoff ist völlig ungefährlich." *FAG-„Argument"*

Die Ungefährlichkeit von Abgasen aus Motoren bezweifeln wir. Mag es zutreffen, daß die Abgase der Düsentriebwerke weniger Giftstoffe enthalten als bei Automotoren, doch weiß man, daß ein startender Jumbo das Mehrtausendfache eines Autos in die Luft pustet.

„Grundwasserabsenkungen durch baumlose Flächen wird es nicht geben, da die Verdunstung dieser Flächen wesentlich geringer ist als bei Waldgebieten." *FAG-„Argument"*

Zur Verdunstung kommt Oberflächenwasser, bzw. Wasser, das in den ersten zehn bis zwanzig Zentimetern unter der Erdoberfläche gehalten wird. Bekanntlich ist ein Waldboden feucht. Schatten und gefallenes Laub binden viel Wasser. Daher kann und wird auch viel verdunsten. Anders sieht es bei waldlosen Flächen aus. Die Ausdunstung ist so weit fortgeschritten, daß man von einer Ausdorrung der Oberfläche sprechen kann. Bei Regen nimmt der Boden kaum mehr Wasser auf und damit ist die natürliche Versickerung des Regens zur Erhaltung des Grund- und Tiefenwassers nicht mehr gegeben.

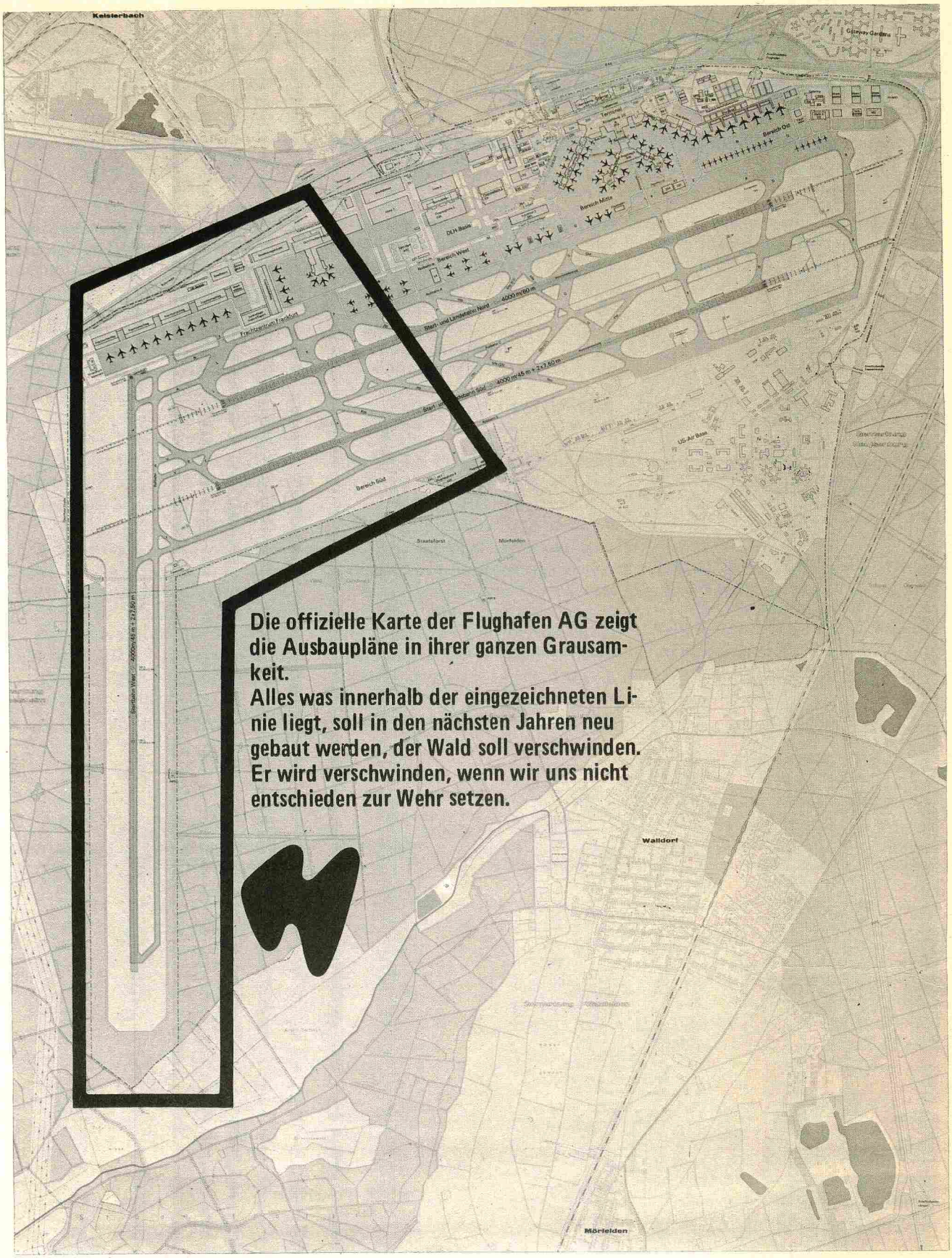
„Wenn der Flughafen nicht ausgebaut und die Kapazität nicht erhöht wird, sind die Arbeitsplätze in Gefahr. Fluggesellschaften können nicht in genügender Form bedient werden und wandern ab. Damit sinkt das Volumen der Passagiere und Fracht – weniger Arbeitsplätze reichen aus."

FAG-„Argument"

Bevor es keine bundeseinheitliche Flugverkehrsplanung gibt, besteht die Gefahr, daß die Flughäfen am Bedarf vorbeibauen. Prestige und Regionalegoismus verbunden mit Konkurrenz der Flughäfen untereinander sind an der Tagesordnung. Jeder Passagier und jede Tonne Fracht benötigt den gleichen Arbeitsaufwand in Düsseldorf oder Hamburg nicht anders als in München oder Frankfurt. Und es wird nicht weniger geflogen, wenn Frankfurt seine Kapazität nicht erweitert. Wie bekannt, plant die Lufthansa eine Dezentralisierung ihrer Niederlassung in Frankfurt. Dies bedeutet, daß Wartung und Service auch in Hamburg, München oder anderen deutschen Flughäfen durchgeführt werden wird. Dadurch werden in Frankfurt Kapazitäten frei, die durch Steigerungsraten anderer Fluggesellschaften sicher ausgefüllt werden. Sichere Arbeitsplätze gibt es in diesem Wirtschaftssystem ohnehin nicht. Rationalisierungs- und Privatisierungsbestrebungen zum Schaden der Arbeitenden sind ein ständiger Unsicherheitsfaktor.

„Sandhasen" feierten Jubiläum

Mit vielen Höhepunkten und Humor feierten die „Sandhasen" ihr 11-jähriges Bestehen. Närrische Stimmung gab es im Bürgerhaus bis tief in die Nacht. Unser Bild: die Sandhasen-Garde im Jubiläumsjahr.



Viele Bürger erkennen erst jetzt, was auf sie zukäme, wenn die neue Startbahn West gebaut würde. Der lebensnotwendige Wald wäre für immer verloren. Lärm würde auch in unserer Stadt unerträglich werden.

Wir meinen, die Proteste der Bevölkerung bestehen zu recht, vor allem, wenn man weiß, daß der Ausbau in erster Linie im Interesse der großen Konzerne des Rhein-Main-Gebietes erfolgt und daß mehr als ein Drittel des Flughafen-Geländes von der USA-Luftwaffe in Beschlag genommen ist und für die Kapazitätsausweitung nicht zur Verfügung gestellt werden soll.

KOMMUNALSPLITTER

Die DKP-Fraktion verlangte die Versetzung der Litfaßsäule Frankfurter Straße/Weingartenstraße, da sie den Verkehr behindert. – Mittlerweile wird ein neuer Standort ausgesucht.

*

Auf Antrag der DKP-Fraktion werden die Zugangswege von der Mainstraße zum Weg längs der Bahnlinie ausgebaut, damit die Straßen von herausfahrenden Autos nicht mehr verschmutzt werden können.

*

Zum Haushalt 1979 brachte die DKP-Fraktion eine Reihe Anträge ein. So wird in DKP-Initiativen ein Jugendzentrum und ein Kinderhort für Walldorf gefordert. Für die Gesamtstadt will die DKP eine Kinderkrippe.

*

Für die Arbeitsgemeinschaft Walldorfer Geschichte fordert die DKP-Fraktion einen weiteren Zuschuß von DM 2000. Den Haushaltsansatz Stadtgestaltung will die DKP von 25.000 auf 50.000 DM erhöht wissen.

*

Um künftig größere Winterschäden zu vermeiden, könnte man unter Umständen die Bürgersteigplatten allmählich durch Verbundsteine ersetzen. Die DKP-Fraktion läßt diesen Vorschlag z. Zt. auf die Realisierbarkeit prüfen.

*

„Holocaust" hat viele erschreckt. Viele dachten auch an die 1700 ungarischen Jüdinnen, die im, von der DKP im vergangenen Jahre entdeckten ehemaligen KZ-Außenlager drangsaliert wurden. Die DKP fordert, dort eine Gedenktafel anzubringen.

*

Im Haushalt '78 sollen nach einer Forderung der DKP-Fraktion Mittel für die Modernisierung des Mörfelder Altenwohnheims (man will einen Gemeinschaftsraum) aufgenommen werden.

Die DKP-Fraktion diskutierte die Verschönerung der Stadt. Ein Vorschlag aus der Diskussion: Längs der Straße sollen am Festplatz Bäume gepflanzt werden.

*

Endlich ein Konzept für die Altstadt erstellen

Mörfelden hat nicht die Altstadt wie andere Orte, in denen sich in früherer Zeit Patrizier, Händler oder Adel niederließen und repräsentative Bauten errichten ließen. Mörfelden besteht in seinem Altstadtbereich aus Bauern-, Handwerker- und Arbeiterhäusern. Nicht Zierrat und Kunstvolles schmückt die Häuser, sondern Einfachheit und Zweckmäßigkeit. Aber darum braucht man sich nicht zu schämen, deshalb sind die alten Häuser und Straßen nicht weniger erhaltenswürdig. Altes zu bewahren vor dem Verfall bedeutet nichts anderes als die Tradition fortführen, der Nachwelt erhalten was früher von Bedeutung war.

In Mörfelden gibt es noch teils gute erhaltene Häuser, die restauriert werden müßten. Bei manchen könnte das Fachwerk wieder freigelegt werden. Ein altes Fachwerkhaus muß nicht weniger Wohnwert haben als ein Neubau. Eine schöne Altstadt bedeutet Geborgenheit für die Bewohner und die Besucher. Mit Nostalgie hat es nichts zu tun, wenn die DKP fordert, daß sich in der Mörfelder Altstadt bald etwas tut. Notwendig sind mehr Gespräche der Stadtverwaltung mit Besitzern alter Häuser zur Erhaltung und Restaurierung von Dächern und Fassaden. Notwendig ist mehr finanzielle Hilfe und Anreize für diese Arbeiten. Ein Grund für die DKP-Fraktion, zu fordern, daß der Haushaltsansatz Stadtsanierung mindestens verdoppelt wird.

Die DKP ehrte Veteranen der Arbeiterbewegung

Im Anschluß an eine Feier zum 60. Jahrestag der Novemberrevolution ehrte die DKP Veteranen der Kommunistischen Arbeiterbewegung. Stadtverordneter Rudi Hechler dankte den Genossen, die sich ihr Leben lang für die arbeitenden Menschen eingesetzt haben und die auch in Hitlers Konzentrationslagern nicht gebrochen werden konnten.

Demokratische Rechte verteidigen – Berufsverbote aufheben

Die internationale Konferenz in Darmstadt zur Einhaltung der demokratischen Rechte in der Bundesrepublik hat es bestätigt: die Berufsverbote sind noch nie so intensiv in der Öffentlichkeit diskutiert worden wie jetzt und in den letzten Monaten. Die Parteien im Bundestag und das Kabinett werden die Kritik aus dem In- und Ausland an der Verletzung der Menschenrechte nicht los. Ein Erfolg aller Kräfte, die sich gemeinsam gegen die Praxis der Berufsverbote wehren. Ein Erfolg wie alle in Einzelfällen abgewandten Berufsverbote und die Tatsache, daß die Bundesregierung zwar unzureichende, aber dennoch als Zugeständnisse zu bewertende Maßnahmen ankündigen mußte.
Sicher sind Erfolge errungen worden, doch auf den Lorbeeren darf man sich nicht ausruhen. Solange Gesinnungsschnüffelei betrieben wird, Organisationen als verfasssungsfeindlich eingestuft werden ohne den Beweis anzutreten, Demokraten diffamiert werden, hängt das Damoklesschwert des Berufsverbots über der Jugend. Duckmäusertum, Behinderung demokratischer Entfaltung gehen damit einher.

Es darf nicht bei dem „Lichtblick im Tunnel" bleiben

Das alles ist ein Ergebnis der Beharrlichkeit und des ungeteilten demokratischen Engagements unzähliger Bürger und Organisationen unseres Landes und der solidarischen Unterstützung aus unseren Nachbarländern. Ein Erfolg unserer Bewegung, die wächst, sich verbreitert, immer mehr Menschen einbezieht.
Wenn auch unterschiedliche Motive diese Menschen und Organisationen bewegt und sie in vielen Fragen anderer Art ganz unterschiedlicher Meinung sind, es einigt sie das redliche Bemühen um die Verteidigung unverzichtbarer demokratischer Rechte. Wer will, daß es nicht bei dem „Lichtblick im Tunnel", bleibt, muß das fortsetzen, was sich als erfolgreich erwiesen hat: den gemeinsamen Kampf.

Alles, was dieser Gemeinsamkeit abträglich ist, schadet den Opfern und nützt den Berufsverbietern. Was also kann einen Gegner der Berufsverbote, der es mit seinem Engagement ernst meint, davon abhalten, weiter den Weg zu gehen, der erste bescheidene Schritte in die richtige Richtung ermöglichte? Denn das bisher Erreichte – so unbefriedigend es, gemessen an dem, was notwendig wäre, ist – muß ausgebaut werden. Der Kampf geht weiter. Wer also tatsächlich will, daß die Forderung nach Aufhebung aller Berufsverbote und der Rehabilitierung der Opfer Realität in diesem Lande wird, muß das beherzigen.

Übrigens: Die nächste bundesweite Demonstration gegen die Berufsverbote findet am 31. März in Bonn statt. Mitfahr-Interessenten können sich beim „blickpunkt" anmelden.

Mit dem Abbau der Rüstung endlich beginnen

In den nächsten Wochen steht in unserer Stadt der Haushaltsplan 1979 zur Diskussion. Schon jetzt ist deutlich, für viele notwendige soziale Maßnahmen, für viele wichtige Verkehrsbauten fehlt unserer Stadt das Geld.
In diesem Zusammenhang finden wir es sehr interessant, einmal den Haushaltsplan der Bundesregierung für das Jahr 1979 zu beleuchten.

Der Bundeshaushalt für 1979 übersteigt mit rund 204 Milliarden DM Ausgaben zwar in der Ausgabenhöhe eine Schallgrenze, ohne auch nur eine einzige der Lebensfragen der werktätigen Bevölkerung einer Lösung näherzubringen. Mehr noch! Gerade in den Bereichen, die sozial von Bedeutung sind, sind im Vergleich zum Haushaltsplan 1978 Kürzungen vorgesehen. Die Ausgaben für das Bundesausbildungs-Förderungsgesetz (BaFög) werden eingeschränkt. Die Ausgaben für die Schaffung neuer Arbeitsplätze und die Investitionen zur Schaffung zusätzlicher Ausbildungskapazitäten sollen gekürzt werden. Ebenso wie die Haushaltsansätze für Sparprämien. Und während 900 Millionen DM zusätzlich für neue Schnüffler beim Bundeskriminalamt, beim Verfassungsschutz usw. bereitgestellt werden, sollen die Mittel für Bildung und Wissenschaft nur um 1,7 Prozent erhöht werden, was, in Anbetracht der Teuerungsrate, einer tatsächlichen Verringerung gleichkommt. Und das, obwohl bereits über 15.000 Lehrer arbeitslos sind und rund 20.000 nur kurzarbeiten, während unsere Schulen mehr Lehrer brauchen.

Bei einem Posten aber soll auf keinen Fall gespart werden: bei den Militärausgaben. Zwar hat der Fraktionsvorsitzende der SPD, Herbert Wehner, in einem Artikel ‚energische Aktivitäten' der Bundesregierung in der Abrüstungsfrage verlangt. Aber das bleiben, wenn man den Haushaltsplan zum Maßstab nimmt, Worte. Der Etat setzt für 1979 ganz andere Fakten. Wenn man die NATO-Maßstäbe zugrunde legt, dann sollen im Jahr 1979 für militärische Zwecke 56 Milliarden DM ausgegeben werden. Das ist mehr als Viertel des Gesamtumfangs des Haushaltsplanes! Ein Bombengeschäft für die Rüstungskonzerne. Ein Schlag gegen die Bemühungen um Entspannung und Abrüstung. Eine Schädigung der sozialen Interessen der werktätigen Bevölkerung, denn mehr Rüstung, das heißt weniger Mittel für dringende Anliegen auf dem Gebiet der Sozialpolitik, der Bildung, des Gesundheitswesens und des Umweltschutzes.
Und zugleich wächst die Verschuldung. Für 31,2 Milliarden DM sollen Kredite aufgenommen werden, rund 20 Prozent mehr als 1978. Die Steuerzahler werden pro Jahr dafür wahrscheinlich mehr als zwei Milliarden DM Zinsen zahlen müssen. Den Reibach machen die Großbanken.
CDU und CSU haben erklärt, daß sie den Gesamthaushalt und auch den Einzelplan für Militärausgaben ablehnen wollen. Dahinter steckt der Wunsch, die Bevölkerung zu täuschen, sich nach Möglichkeit sozial zu geben. Die Tatsachen reden eine andere Sprache. CDU und CSU sind für eine noch stärkere Erhöhung der Militärausgaben! Eben diese Parteien bekämpfen erbittert die Lohnforderungen der Arbeiter und Angestellten und ihrer Gewerkschaften und die Forderung nach Arbeitszeitverkürzung! Eben diese Parteien verlangen noch mehr profitfördernde Steuergeschenke für die Konzerne! Wären Abgeordnete der DKP im Bundestag, so würden sie mit parlamentarischen Initiativen das unterstützen, was die arbeitende Bevölkerung fordert, was zum Beispiel in ihrem Interesse die Gewerkschaften und die demokratischen Bürgerinitiativen verlangen. Notwendig wäre:
Kürzung des Militärhaushaltes; Kürzung der Subventionen für die Konzerne; Bundeskredite für die Industrie nur dann, wenn sie mit der Auflage verbunden sind, vorhandene Arbeitsplätze zu erhalten und neue zu schaffen; Kürzung der Diäten für die Abgeordneten und der Gehälter für die Minister; energische Maßnahmen gegen die Steuer- und Kapitalflucht und gegen die Wirtschaftskriminalität. Dann würde auch mehr übrig bleiben für die Gemeinden und ihre Aufgaben im Interesse der arbeitenden Menschen. rh

Bergsteiger-Chor in Mörfelden

Im April erscheint zum 100. Mal der „blickpunkt". Alle unsere Leser laden wir aus diesem Anlaß zu einem großen Chorkonzert mit dem Bergsteiger-Chor aus Dresden ein. Dieser Chor gehört zu den besten der DDR und ist bereits in vielen Ländern Europas aufgetreten.

Die Veranstaltung findet am Sonntag, 29. April 1979, um 20 Uhr im Mörfelder Bürgerhaus statt.

BROT UND ROSEN

Ein musikalisch-literarisches Programm zum Frauentag mit

Rosemarie Baerhold, Schauspielerin, Volksbühne Berlin (DDR)
Gundula Sonsalla, Gitarre, Deutsches Theater, Berlin (DDR)

Am Sonntag, 11. März 1979, 16 Uhr
im Bürgerhaus Mörfelden

Eine Veranstaltung des Frauenarbeitskreises der DKP-Mörfelden

Ausschneiden und einsenden an:
Waltraud Träger
Hochstraße 6
6082 Mörfelden

O Ich möchte als Parteilose im Frauenarbeitskreis der DKP mitarbeiten.

O Ich möchte zu einer Veranstaltung der DKP eingeladen werden.

Name: _____

Adresse: _____

_____

Mörfelden gestern

Ein Mörfelder Pferdefuhrwerk, beladen mit Brennholz. Aufgenommen im Jahre 1913 am „Dalles" (alter Rathausplatz). Links im Bild ist noch die „Sternwarte", das alte 1933 abgerissene Schulhaus, zu sehen mit den davorstehenden Linden. Im Hintergrund die Gemeindewaage und einer der Dorfbrunnen. An dieser Stelle befindet sich jetzt ein Eissalon. Damals und bis in die 50er Jahre gab es noch etwa 40 „Gäulsfuhrwerke" in Mörfelden. Die Landwirtschaften waren aber in unserer Gegend zu klein, sodaß, teils in Lohnarbeit auf anderen Äckern", teils mit Fahren von Brennholz und Stämmen hinzu verdient werden mußte.
In den letzten Jahrzehnten wurden immer weniger Äcker bewirtschaftet und die restlichen Pferde wurden von Traktoren abgelöst. Heute sind allenfalls noch ein paar Reitpferde in unserer Gemarkung zu sehen.

Verantwortlich für den Inhalt: Rudi Hechler, 6082 Mörfelden, Hochstraße 22. Druck: Eigendruck